

Offener Brief der LAG Senior*innenpolitik Mecklenburg-Vorpommern an den Bundesvorstand und den Landesvorstand

Auf ihrer Beratung vom 17. Sept. 2025 haben sich die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft Senior*innenpolitik M-V zur aktuellen politischen Lage und den Anforderungen daraus an unsere Partei Die Linke ausgetauscht.

Für einen erfolgreichen Landtags-Wahlkampf 2026 und darüber hinaus im Bund ist die Glaubwürdigkeit und Klarheit unserer Politik entscheidend.

Für die strategische Orientierung halten wir 3 Schwerpunkte für unumgänglich:

Erstens:

Für unsere gerechten und notwendigen sozialpolitischen Forderungen gibt es nur dann reale Umsetzungsmöglichkeiten, wenn an den friedenspolitischen Grundsätzen des geltenden Parteiprogramms konsequent festgehalten wird. Verstöße dagegen sowie das Ignorieren von Anträgen und Meinungen aus der Basis lassen wir nicht zu. Ebenso lehnen wir die Bedienung jeglicher Bedrohungs-Narrative ab und betrachten die massive Militarisierung und Formierung der Gesellschaft zur „Kriegstüchtigkeit“ als Kriegsvorbereitung, die nicht mit der Verteidigung der Bundesrepublik begründbar ist. Sie dient vor allem den Profitinteressen der Rüstungswirtschaft und behindert die überfällige sozialökologische Transformation. Militarismus geht einher mit Faschismus und Krieg.

Die LAG unterstützt voll die Position der KPF zu den programmatischen Erfordernissen im Kampf um den Weltfrieden.

Zweitens:

Wir stellen die Eigentumsfrage an den Produktionsmitteln als Ausgangspunkt der Ausbeutung. Es geht um die Beschneidung der Allmacht von Konzernen. Es geht uns um Wohnkonzerne wie Vonovia, aber nicht um den kleinen privaten Vermieter.

Unsere Forderung lautet: Kein Ausverkauf von öffentlichem (kommunalem) Eigentum. Dies ist eine Grundvoraussetzung für die Daseinsvorsorge des Staates als seine Pflicht, verbunden mit einer, den Anforderungen entsprechenden Ausstattung an Personal und materiellen Voraussetzungen.

Drittens:

Das Engagement der Bürger in den Kommunen ist durch unsere Aktionen zu stärken und zu entwickeln. Die gelebte Demokratie erfordert die Teilnahme der Bürger. Dabei ist jeder Beschränkung von Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit, sowie der Schaffung von Feindbildern, die ausgrenzen, entschieden entgegenzuwirken.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Mitglieder der LAG M-V sind bereit, das Potential ihrer Erfahrungen und Kräfte zur Umsetzung unseres Programms mit Euch auf dem gemeinsamen Weg zum Demokratischen Sozialismus in die Waagschale zu werfen.

Mit sozialistischen Grüßen

Landesarbeitsgemeinschaft Senior*innenpolitik M-V